Niederschrift

**über die Gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und
Klimaschutz mit dem Stadtentwicklungsausschuss**

am 13.06.2017

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Simon Lange
Frau Carla Steinkröger
Herr Werner Thole

SPD

Herr Sven Frischemeier
Herr Ulrich Gödde
Herr Marcus Lufen
Herr Hans-Werner Plaßmann
Frau Anne Catrin Rudolf

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich
Frau Doris Hellweg
Herr Jens Julkowski-Keppler Vorsitzender

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe/Piraten

Herr Martin Schmelz

Beratende Mitglieder:

FDP

Herr Gregor Spalek Vertreter Gruppe

Sachkundige Einwohner

Herr Friedhelm Donath Seniorenrat
Herr Jürgen Heuer Beirat für Behindertenfragen
Herr Cemil Yildirim Integrationsrat

Nicht anwesend:

UBF

Herr Alexander Spiegel von und zu
Peckelsheim

fehlt entschuldigt

Stadtentwicklungsausschuss

CDU

Herr Simon Lange
Frau Carla Steinkröger
Herr Frank Strothmann
Herr Werner Thole
Herr Carsten Krumhöfner

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Hans-Jürgen Franz
Herr Horst Grube
Frau Susanne Kleinekathöfer
Frau Karin Schrader

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stephan Godejohann
Frau Doris Hellweg
Herr Jens Julkowski-Keppler

Die Linke

Herr Bernd Vollmer

BfB

Herr Thomas Rüscher

Bürgernähe/Piraten

Herr Christian Heißenberg

Beratende Mitglieder:

FDP

Frau Irene Binder

Beirat für Behindertenfragen

Herr Hofmann

bis 19:40 Uhr

Verwaltung:

Frau Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Wörmann	Umweltamt
Herr Reidel	Umweltamt
Herr Lewald	Dezernat 4
Frau Dietz	Amt für Verkehr
Herr Herjürgen	Bauamt
Frau Ostermann	Bauamt

Schriftführung:

Frau Rebbe	Umweltamt
------------	-----------

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz, Herr Julkowski-Keppler, begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass sich Herr Fortmeier, der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, und er darauf verständigt hätten, dass er den Vorsitz übernehme. Frau Rebbe wird zur Schriftführerin bestellt.

Herr Julkowski-Keppler stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der beiden Ausschüsse fest.

Weiterhin gibt er bekannt, dass Herr Feurich lt. Beschluss des Rates vom 01.06.2017 den Platz als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz von Frau Althoff als sachkundiger Bürger übernommen habe.

Der Vorsitzende Herr Julkowski-Keppler verpflichtet den neuen sachkundigen Bürger Herrn Feuerich mit Handschlag gemäß § 67 Abs. 3 GO NRW i. V. m. § 58 Abs. 2 GO NRW nach folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Zu Punkt 1

"Kommunaler Klimaschutz NRW" im Operationellen Programm NRW 2014 - 2020 für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung "Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" (OP EFRE NRW) - Emissionsfreie Innenstadt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4883/2014-2020

Herr Moss führt in die Vorlage ein. Durch die Grenzwertüberschreitungen am Jahnplatz seien kräftige Maßnahmen erforderlich. Federführend sei die Bezirksregierung. Es solle aber auch das Förderprogramm des Landes NRW für das Ziel „emissionsfreie Innenstadt“ genutzt werden. Herr Moss unterstreicht, dass es aus seiner Sicht wichtig sei, grundsätzlich auf Fahrverbote zu verzichten, da diese sozial ungerecht seien. Aus den Ergebnissen der Untersuchungen zu einer potenziellen „Linie 5“ sei hervorgegangen, dass es wichtig sei, Straßenquerungen zu reduzieren.

Im Anschluss stellt Herr Moss die Maßnahmen aus der Vorlage im

Einzelnen vor.

Frau Ritschel unterstreicht die ressortübergreifende Bedeutung der Thematik in den Dezernaten 3 (Umwelt / Klimaschutz) und 4 (Wirtschaft / Stadtentwicklung / Mobilität), zu erkennen daran, dass die Vorlage von beiden Beigeordneten unterschrieben sei. Das Oberthema sei der Kommunale Klimaschutz, motorisierte Mobilität habe einen Anteil von ca. 18 % an dem CO₂-Ausstoß. Es bestehe eine dringende Notwendigkeit zum Handeln, insofern komme der Förderaufruf gelegen. Dieser biete bezüglich des Jahnplatzes die Möglichkeit, beides zu verbinden, den Klimaschutz und die Reduzierung der Schadstoffbelastung.

Herr Moss weist darauf hin, dass der Antrag bis zum 22. Juni gestellt sein müsse, da an diesem Tag die Bewerbungsfrist für den sogenannten „2. Call“ ende und es keinen weiteren geben werde.

Herr Vollmer hat für seine Fraktion „Die LINKE“ für den Stadtentwicklungsausschuss einen Antrag gestellt. Herr Julkowski-Keppler bittet Herrn Vollmer seinen Antrag zu begründen.

Text des Antrags der Fraktion Die Linke vom 06.06.2017:

Aufnahme folgender Ergänzungen in das Programm „Kommunaler KlimaschutzNRW“

– Jahnplatz

Um die Erreichbarkeit der Innenstadt weiterhin über den Jahnplatz zu ermöglichen, werden Maßnahmen zur Lenkung des Durchgangsverkehrs auf den Ostwestfalendamm ergriffen. Dazu werden an den Kreuzungen Beckhausstraße/Herforder Straße und Alfred-Bozi-Straße/Stapenhorststraße geeignete verkehrslenkende Maßnahmen entwickelt und umgesetzt.

– Friedrich-Ebert-Straße

Auf dem Abschnitt zwischen Herforder Straße und Kesselbrink/Kavalleriestraße wird eine Fahrbahn aufgehoben. Der gewonnene Raum wird für den Radverkehr und eine Verbreiterung des Fußweges genutzt. Die jetzt vorhandene Ampel an der Einfahrt zum Parkplatz am alten Postgebäude wird aufgehoben, die Steuerung der Ampelschaltung für die Busse erfolgt bereits ab Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße/Kavalleriestraße.

– Alternative Mobilität

Da auch die E-Mobilität ökologisch Schwächen hat, wird für die Arbeitsplätze in der Innenstadt und die städtischen Bediensteten das Jobticket forciert.

– Innenstadtlogistik „letzte Meile“

Mobiel wird beauftragt, ein Konzept für Elektro-Lieferfahrzeuge und Elektro-Handwerkerfahrzeuge zu entwickeln. Auch hier ist ein entsprechendes Verleih/Leasingsystem zu überprüfen.

*Entsprechend gehen die Stadtwerke und moBiel mit ihrer Vorbildfunktion
voran und setzen verstärkt Fahrzeuge mit Elektro-Antriebstechnik ein.*

– **Informationssysteme**

Das bereits bei moBiel vorhandene Informationssystem wird weiterentwickelt. Insbesondere soll es extern wie intern dazu dienen, Mobilitätsketten sicherzustellen. Der der Stadtbahn vor der „Nase“ wegfahrende Bus muss der Vergangenheit angehören.

– **Begrünung**

Es ist zu prüfen, ob die Achsen Emil-Groß-Platz – Friedrich-Ebert-Straße und die Herforder Straße zwischen Jahnplatz und Berliner Platz in die Begrünung mit einbezogen werden können.

– **SUMP**

Die Ergebnisse des BYPAD-Verfahrens werden integriert.

– **Karl-Eilers-Straße**

Der Bereich um den Emil-Groß-Platz hat sich zu einem Außengastronomiebereich entwickelt, der stark nachgefragt wird. Der Bereich soll in Verbindung mit der Neugestaltung der Karl-Eilers-Straße überprüft werden, ob ein Verzicht auf den MIV möglich ist. Gerade die Abbiegesituation aus Richtung Mindener Straße ist stark Konflikt behaftet zwischen Radverkehr, Fußgängerverkehr und Autoverkehr.

– **Bahnhofsvorplatz**

Perspektivisch ist hier eine Neuaufteilung der Verkehrsflächen zu überprüfen. Insbesondere die Fußgängerbewegungen von der Stadtbahn zum Bahnhof stellen in ihrer Masse einen Konfliktpunkt mit dem MIV dar. Zudem steht für diese Wegeverbindung im Bereich des Eingangs zur Stadtbahn zu wenig Platz zur Verfügung.

Herr Vollmer hält die Bewerbung aus regionaler Sicht für wichtig. Bielefeld habe als Großstadt eine Vorbildfunktion. Die Vision sei, wie die Innenstadt in 25 Jahren aussehen solle. Ziel müsse sein, den Durchgangsverkehr aus der Innenstadt herauszubekommen.

Herr Franz schlägt vor, den Antrag zurückzustellen, da es in der heutigen Sitzung erst einmal um die Bewerbung für die Förderung gehe, die nicht mit Details wie sie im Antrag enthalten seien, zu überfrachten sei.

Als Anmerkung zur Vorlage schlägt er vor, dass die Karl-Eilers-Straße nur als Teilstück in die Fußgängerzone eingebunden werde. Zudem solle das BYPAD-Verfahren (Bicycle Policy Audits) in dem Förderantrag genannt werden.

Frau Hellweg teilt mit, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde, um gesundheitliche Folgen einzudämmen. Grundsätzlich würde der Antrag von Herrn Vollmer unterstützt, dieser sollte angesichts des Zeitaufwands zum Einarbeiten zum jetzigen Zeitpunkt jedoch zurückgestellt werden.

Herr Lange bemängelt, dass ein Gesamtkonzept fehle. Es handele sich um die Vorbereitung, den Jahnplatz autofrei zu machen. Dies sei mit seiner Fraktion nicht zu realisieren. Die CDU erwarte eine Lenkung der Verkehre und keine Verlagerung in andere Gebiete. Für die Geschäfte sei eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur wichtig. Zudem gebe es noch keinen politischen Beschluss zu dem Thema, dieser werde durch die Vorlage ausgehebelt.

Herr Schmelz hat die Hoffnung, dass es mit diesem Programm gelinge könnte, die richtigen Akzente zu setzen. Die Menschen wollten weg von Lärm- und Luftschadstoffen. Bielefeld stehe noch sehr am Anfang der Entwicklung. In Kopenhagen zum Beispiel stünden mittlerweile Fahrradfahrer im Stau. Wichtig sei eine zeitnahe Umsetzung von Maßnahmen und nicht nur die Entwicklung von Konzepten. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Bezüglich des Antrags der LINKEN sehe er auch keine Realisierungsmöglichkeit auf Grund des Zeitdrucks und bittet daher, den Antrag zurückzuziehen.

Frau Binder sieht zwar das Positive an der Initiative, dagegen stehe jedoch, dass die Änderungen zu Lasten des individuellen Verkehrs gingen. Bielefeld habe als Oberzentrum viele Pendler, die nicht mit dem Fahrrad kommen würden. Es fehle an Alternativen zum Auto.

Herr Vollmer möchte auf zwei Punkte eingehen. Erstens gibt er zu bedenken, dass Bielefeld eine Großstadt in einer wirtschaftlich starken Region sei. Wichtig sei Fachpersonal zu halten, da dieses in Städte gehe, die lebenswert seien. Bezüglich Bielefeld gebe es Rückmeldungen, dass es in der Innenstadt zu viele Autos gebe. Zweitens ärgere ihn, dass verlangt werde, seinen Antrag zurückzuziehen. Er habe einen Antrag gestellt, gegen den jeder stimmen könne, der dagegen sei. Sein Antrag stelle auch keine Überfrachtung dar. Er sei sinnvoll, um den Förderantrag zu ergänzen und die Chancen zu erhöhen.

Herr Lufen kritisiert die generelle Ablehnungshaltung der CDU-Fraktion, da keine Alternativen geliefert würden.

Herr Rüscher gibt an, dass ihm ein Gesamtkonzept fehle. Der Antrag von Herrn Vollmer gehe zwar in die richtige Richtung, sei aber wenig innovativ. Zum Beispiel fehle das Car-Sharing komplett. Ihn interessiere, wie es weitergeht, sofern dem Förderantrag entsprochen würde: Müsste das Konzept aus dem Förderantrag genau so umgesetzt werden, oder sei es noch änderbar, insbesondere durch politische Entscheidungen?

Herr Lange entgegnet Herrn Lufen, dass es der CDU-Fraktion um ein Gesamtkonzept gehe. Würde der Verkehr etwa nur vom Jahnplatz verlagert werden, gebe es an anderer Stelle Probleme.

Herr Yildirim erkundigt sich, welchen Nutzen die Sperrung der Rechtsabbiegespur vom Niederwall auf den Jahnplatz habe und ob die Einführung einer blauen Plakette geplant sei.

Herr Franz fragt Herrn Lange, was die CDU-Fraktion mit einem Gesamtkonzept meine. Die aktuelle Schadstoffbelastung zeige, dass der Verkehr anders zu organisieren sei. Ein Warten auf ein Gesamtkonzept

bringe keine Lösung. Er bedaure, dass die CDU-Fraktion gegen den Förderantrag sei.

Frau Ritschel möchte die Thematik noch einmal einordnen: Im Hinblick auf den Luftschadstoff-Hotspot am Jahnplatz könne eine Verlagerung von Verkehren durchaus helfen. Für den Klimaschutz sei aber nur eine echte Verkehrsreduzierung wirksam.

Bezogen auf Schadstoffe habe Bielefeld kein Feinstaubproblem, sofern rein auf die Grenzwerte abgestellt würde.

Hier gehe es um NO₂. Bei Einführung der grünen Plakette bzw. den damit verbundenen Abgasnormen stand u. a. die Feinstaubproblematik im Fokus. Die derzeit noch nicht eingeführte blaue Plakette legt dagegen den Fokus auf die Einhaltung deutlich reduzierter NO_x-Grenzwerte. Der Städtetag hat sich für die Einführung der blauen Plakette ausgesprochen. Auf Bundesebene werde dies aber bislang nicht befördert.

Herr Moss geht auf die Fragen und Anmerkungen ein:

Car-Sharing werde weiter gefördert, dazu gebe es Gespräche mit Cambio über weitere Stellplätze.

Die Unterbindung der Abbiegespur aus dem Niederwall müsse mit einer Reduzierung der Fahrspuren auf dem Jahnplatz einhergehen. Damit sei eine Reduzierung des Verkehrs um 35 % zu erwarten, was bedeutet, dass die Grenzwerte erreicht werden könnten.

Zu beachten sei auch, dass das LOOM ein Parkhaus mit 560 Stellplätzen baue. In den letzten 2,5 Jahren habe es entsprechende Fahrzeugbewegungen dort nicht gegeben. In Summe müsse mit ca. 2.000 Fahrten pro Tag zusätzlich gerechnet werden.

Zur Frage der Verteilung der Fördermittel: Im ersten Call, seien 40 Mio. € ausgelobt worden, jede Stadt habe davon 13,3 Mio. € bekommen. Im zweiten Call seien jetzt 60 Mio. € ausgelobt worden, die sich auf vier oder fünf Städte verteilen, so dass es 12 bis 14 Mio. € geben könne.

Die Fördergelder könnten dann zum einen konzeptionell eingesetzt werden, eine Ausdifferenzierung müsse dann in Abstimmung mit der Politik erfolgen. Zum anderen könne das Geld in der Umsetzungsphase verwendet und direkt in Maßnahmen investiert werden, zum Beispiel für ein Fahrradparkhaus in der Stadt. Allerdings sei klar, dass das Geld nicht für alle aufgelisteten potenziellen Maßnahmen ausreichen werde. Eine Priorisierung der Maßnahmen durch die politischen Gremien sei erforderlich.

Sodann erfolgt die abschließende Kenntnisnahme bzw. Abstimmung getrennt nach Ausschüssen:

1. Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt zur Kenntnis, dass für die Bewerbung zum Wettbewerbsaufruf „Kommunaler Klimaschutz.NRW“ Förderbereich „Emissionsfreie Innenstadt“ die vorgeschlagenen Maßnahmen eingereicht und die für ihre Umsetzung erforderlichen Planungen von der Verwaltung aufgenommen werden.

-.-.-

2. Stadtentwicklungsausschuss

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke vom 06.06.2017:

Aufnahme folgender Ergänzungen in das Programm „Kommunaler KlimaschutzNRW“

– **Jahnplatz**

Um die Erreichbarkeit der Innenstadt weiterhin über den Jahnplatz zu ermöglichen, werden Maßnahmen zur Lenkung des Durchgangsverkehrs auf den Ostwestfalendamm ergriffen. Dazu werden an den Kreuzungen Beckhausstraße/Herforder Straße und Alfred-Bozi-Straße/Stapenhorststraße geeignete verkehrslenkende Maßnahmen entwickelt und umgesetzt.

– **Friedrich-Ebert-Straße**

Auf dem Abschnitt zwischen Herforder Straße und Kesselbrink/Kavalleriestraße wird eine Fahrbahn aufgehoben. Der gewonnene Raum wird für den Radverkehr und eine Verbreiterung des Fußweges genutzt. Die jetzt vorhandene Ampel an der Einfahrt zum Parkplatz am alten Postgebäude wird aufgehoben, die Steuerung der Ampelschaltung für die Busse erfolgt bereits ab Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße/Kavalleriestraße.

– **Alternative Mobilität**

Da auch die E-Mobilität ökologisch Schwächen hat, wird für die Arbeitsplätze in der Innenstadt und die städtischen Bediensteten das Jobticket forciert.

– **Innenstadtlogistik „letzte Meile“**

moBiel wird beauftragt, ein Konzept für Elektro-Lieferfahrzeuge und Elektro-Handwerkerfahrzeuge zu entwickeln. Auch hier ist ein entsprechendes Verleih/Leasingsystem zu überprüfen.

Entsprechend gehen die Stadtwerke und moBiel mit ihrer Vorbildfunktion voran und setzen verstärkt Fahrzeuge mit Elektro-Antriebstechnik ein.

– **Informationssysteme**

Das bereits bei moBiel vorhandene Informationssystem wird weiterentwickelt. Insbesondere soll es extern wie intern dazu dienen, Mobilitätsketten sicherzustellen. Der der Stadtbahn vor der „Nase“ wegfahrende Bus muss der Vergangenheit angehören.

– **Begrünung**

Es ist zu prüfen, ob die Achsen Emil-Groß-Platz – Friedrich-Ebert-Straße und die Herforder Straße zwischen Jahnplatz und Berliner Platz in die Begrünung mit einbezogen werden können.

– **SUMP**

Die Ergebnisse des BYPAD-Verfahrens werden integriert.

– **Karl-Eilers-Straße**

Der Bereich um den Emil-Groß-Platz hat sich zu einem Außengastronomiebereich entwickelt, der stark nachgefragt wird. Der Bereich soll in Verbindung mit der Neugestaltung der Karl-Eilers-Straße überprüft werden, ob ein Verzicht auf den MIV möglich ist. Gerade die Abbiegesituation aus Richtung Mindener Straße ist stark Konflikt behaftet zwischen Radverkehr, Fußgängerverkehr und Autoverkehr.

– **Bahnhofsvorplatz**

Perspektivisch ist hier eine Neuaufteilung der Verkehrsflächen zu überprüfen. Insbesondere die Fußgängerbewegungen von der Stadtbahn zum Bahnhof stellen in ihrer Masse einen Konfliktpunkt mit dem MIV dar. Zudem steht für diese Wegeverbindung im Bereich des Eingangs zur Stadtbahn zu wenig Platz zur Verfügung.

– **mit großer Mehrheit abgelehnt –**

Sodann fasst der Stadtentwicklungsausschuss folgenden

B e s c h l u s s:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dass für die Bewerbung zum Wettbewerbsaufruf „Kommunaler Klimaschutz.NRW“ Förderbereich „Emissionsfreie Innenstadt“ die vorgeschlagenen Maßnahmen eingereicht und die für ihre Umsetzung erforderlichen Planungen von der Verwaltung aufgenommen werden.

– **mit Mehrheit beschlossen –**

-.-.-

Jens Julkowski-Keppler

Christina Rebbe

(Vorsitzender)

(Schriftführerin)